



EUROPÄISCHE KOMMISSION

GENERALDIREKTION KOMMUNIKATION  
VERTRETUNG IN ÖSTERREICH

Wien, den 25. Mai 2009  
GD KOMM/AH D(2009)

**Betrifft:       Stellungnahme zum Artikel "Die heimliche EU-Bürokratie"  
                  betreffend EU-Agenturen, veröffentlicht in der Ausgabe von NEWS  
                  vom 20. Mai 2009**

Der obengenannte Artikel enthält zahlreiche Angaben, die nicht den Tatsachen entsprechen. Ich erlaube mir daher, eine Richtigstellung zu einzelnen Punkten zu übermitteln:

1. "Heimliche EU-Bürokratie"

Alle Zahlen und Fakten betreffend Budget und Personalausstattung der EU-Agenturen sind öffentlich zugänglich. Sowohl die Planstellen als auch das Budget werden von beiden Teilen der Haushaltsbehörde, also dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat, überprüft und abgesegnet. Weiters erfolgt auch der Beschluss zur Einrichtung einer EU-Agentur wie bei allen institutionellen Angelegenheiten der Union durch die Mitgliedstaaten sowie das Europäische Parlament. Der Ausdruck "heimliche EU-Bürokratie" ist somit irreführend.

2. Die "Heuschrecken der EU-Bürokratie kosten dem europäischen Steuerzahler mittlerweile 1.100 Mio EUR pro Jahr"

Die von Ihnen zitierten Zahlen sind falsch. Das EU Budget 2009 sieht einen Beitrag von 613 Mio EUR für die von Ihnen genannten dezentralisierten Agenturen vor. Das Gesamtbudget dieser Agenturen ist allerdings höher, weil ein nicht unbeträchtlicher Teil durch Einkünfte aus "private public partnership", also keineswegs vom "europäischen Steuerzahler", finanziert wird.

3. Ihre Feststellung, die Einrichtung von EU-Agenturen führe zu "Doppelstrukturen, die immer mehr kosten" entspricht nicht den Tatsachen. Im Gegenteil: die Einrichtung von EU-Agenturen erhöht die Effizienz (und auch Kostenersparnis) innerhalb der EU,

- weil die Agenturen dazu beitragen, dass die Kommission sich auf ihre Hauptaufgaben konzentrieren kann
- weil sie spezielles Expertenwissen aufbauen, auf das die EU-Institutionen zurückgreifen können
- weil sie durch zeitgemäße Formen der Kooperation, z.B. "private-public partnership", Aufgaben ausführen, die der öffentliche Sektor allein nicht wahrnehmen könnte

Commission européenne, B-1049 Bruxelles / Europese Commissie, B-1049 Brussel - Belgien. Telefon: (32-2) 299 11 11. Telefon: Durchwahl (32-2) 29+43 (1) 516 18-329. Telefax: (32-2) 29+43 (1) 513 42 25.

<http://europa.eu.int/comm/>        Questions about the EU? Call the free number 00800 67891011  
E-mail: [Annemarie.Huber@cec.eu.int](mailto:Annemarie.Huber@cec.eu.int)

- weil die Personalkosten zur Ausführung dieser speziellen und zusätzlichen Aufgaben auf Grund der Beschäftigung von Zeit- und Vertragsbediensteten niedriger sind, als wenn die Kommission ihren Beamtenstand aufstocken würde.

Die Effizienz und Notwendigkeit von Agenturen soll an einem aktuellen Beispiel erläutert werden: das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat die Grundlage für eine rasche und koordinierte Reaktion der EU im Falle der "neuen Grippe" geliefert.

#### 4. "Explosion" der Zahl und der Personalkosten der EU-Agenturen

Der von Ihnen verwendete Ausdruck "Explosion" impliziert ein ungeplantes und unkontrolliertes Wachstum der Agenturen sowie ihres Personals. Dies entspricht aus folgenden Gründen nicht den Tatsachen:

- Die EU-Agenturen bauen ihren Personalstand in der Regel graduell (also Jahr für Jahr) auf – falls überhaupt.
- Erweiterte Aufgabenbereiche sowie besondere Dringlichkeiten bedingen in manchen Fällen eine Aufstockung des Personals. So wurden etwa die ursprünglichen Befugnisse und Aufgaben der Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMCR) in Wien bedeutend erweitert. Es ist klar, dass die Aufwertung der einstigen "Beobachtungsstelle" zur jetzigen "Grundrechte-Agentur"(FRA), die eine Vielzahl an zusätzlichen Aufgaben übernimmt, mit einer Aufstockung des Personals einhergehen muss. Die in ihrem Artikel kritisierte "enorme Erhöhungen der Personalkosten" bei der Agentur FRONTEX entspricht den von den Mitgliedstaaten - aber auch von der europäischen Öffentlichkeit - geforderten "Handlungsfähigkeit" der EU im Bereich des Migrationsmanagements.

#### 5. "So ist oft völlig unklar, wer für die Kontrolle der Agenturen zuständig ist".

Die Behauptung, es gäbe keine Kontrolle der Agenturen und "unzählige Steuermillionen würden teils unkontrolliert verpulvert", entspricht nicht den Tatsachen:

Abgesehen von der bereits erwähnten jährlichen Budgetkontrolle durch das Europäische Parlament sind die Agenturen gemäß der zu ihrer Errichtung erlassenen Verordnungen (Gründungsrechtsakte) verpflichtet, regelmäßige Evaluierungen (entweder durch die Verwaltungsräte der Agenturen oder die Europäische Kommission) vorzunehmen. Zudem werden die Agenturen jedes Jahr durch einen externen Audit geprüft. Wie alle EU-Institutionen und -einrichtungen können sie auch jederzeit vom Europäischen Rechnungshof geprüft werden. Um einen einheitlichen und kohärenten Rahmen der Kontrolle für die EU-Agenturen zu schaffen, wurde im Jahr 2008 eine hochrangige Arbeitsgruppe eingerichtet, die überprüft, was im Bereich der Kontrolle verbessert bzw. effizienter gemacht werden kann. Ein erster Bericht wird bis Ende 2009 erwartet.

#### 6. Mehr Verwaltungsräte als Angestellte

Zu Ihrer Kritik an der Anzahl der Verwaltungsräte ist folgendes festzuhalten:

- Die Verwaltungsräte arbeiten ehrenamtlich, d.h. sie bekommen lediglich Taggeld, das je nach Sitz der Agentur variiert, oder in manchen Fällen nur einen Reisekostenersatz. Um auch hier die Dimension der Ausgaben klarzustellen, sei darauf hingewiesen, dass der Verwaltungsrat ca 2-3 mal jährlich tagt.

- Die Zahl der Verwaltungsräte ist nicht willkürlich bestimmt, sondern entspricht dem demokratischen Prinzip der "gleichwertigen und unabhängigen

Vertretung". Beispiel: die von Ihnen erwähnte Zahl der 30 Verwaltungsräte der in Wien ansässigen Grundrechteagentur (FRA) ergibt sich aus einem Vertreter pro Mitgliedstaat (also in Summe 27) - meistens sind dies unabhängige Persönlichkeiten, die in nationalen Menschenrechtsorganisationen tätig sind - zwei Vertretern der Europäischen Kommission und einem Mitglied des Europarates.

Abschließend möchte ich noch bemerken, dass die von Ihnen genannten Personal- und Verwaltungskosten der im Artikel erwähnten Agenturen nicht nachvollziehbar sind. Eine detaillierte Richtigstellung einzelner Posten würde den Rahmen dieser Stellungnahme sprengen, ich erwähne daher nur ein Beispiel: die Verwaltungsausgaben des von Ihnen erwähnten Übersetzungszentrums betragen im Jahr 2008 nicht 74,14 sondern 59,34%. Auch das von Ihnen angeprangerte, angebliche "Mißverhältnis zwischen gestiegenen Verwaltungs- und gesunkenen operativen Ausgaben" ist nicht nachzuvollziehen. Vergleicht man die Produktionszahlen und Verwaltungszahlen für 2005 mit 2008 des Übersetzungszentrums, ergibt sich ein diametrales Bild zu ihrer Darstellung: 2008 wurden 241 978 Seiten mehr übersetzt als 2005, dies entspricht einer Steigerung von 48%. Trotz dieser enormen Produktionssteigerung waren die Verwaltungsausgaben 2008 um 9,99% niedriger als 2005.

Ich stelle Ihnen - bei Bedarf - gerne weitere Informationen zur Verfügung. Inzwischen bitte ich Sie, auch im Interesse Ihrer LeserInnen - meine Stellungnahme zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Annemarie Huber  
Europäische Kommission  
Vertretung in Österreich